



Rheinau, den 3. Mai 2010

Stellungnahme des Vorsitzenden der Fraktion „SPD und Freie Wähler“ zum Thema

„Erhebung von Gebühren für den Besuch der kommunalen Kindergärten“

Wir haben heute ein sehr sensibles und komplexes Thema zu beraten und zu entscheiden. Aus diesem Grund, Herr Bürgermeister Welsche, hätte ich es begrüßt, wenn Sie meiner Bitte, die Sitzungsvorlage zu diesem TOP etwas früher vorzulegen, entsprochen hätten.

1. Die Verwaltung hat die Aufgabe einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Dazu gehört - vereinfacht dargestellt - dass die Kosten möglichst niedrig und die Einnahmen möglichst hoch gestaltet werden. Das ist im Grundsatz so auch völlig in Ordnung.
2. In der **Klausurtagung des GR**, die als Information zu den aktuellen Themen angekündigt war, hat die Verwaltung das Gebührenmodell vorgestellt, wie es sich rechnen würde, wenn man sich an einem Deckungsbeitrag von 20 % orientieren würde. Bereits damals war die Tendenz erkennbar – Beschlüsse wurden ordnungsgemäß nicht gefasst - an den bisherigen Gebühren für das Regelangebot festzuhalten.

Dies wurde inzwischen auch bereits so beschlossen.

3. Heute geht es für uns um die Festsetzung der Gebühren **für die neuen Angebote**.

Die bereits gefassten Beschlüsse sollten nach unserer Meinung weiter Bestand haben. Es macht nach unserer Meinung keinen Sinn, einen Beschluss, der gerade einmal ein paar Wochen alt ist, wieder umzuwerfen, zumal keine neuen Fakten vorliegen.

4. In allen Sonntagsreden wird eine Lobeshymne gehalten auf die Zukunfts-Investitionen in Bildung, der Volkswirtschaftler würde sagen in den Produktionsfaktor unserer Zukunft. Wir alle wollen ja auch, dass alle Kinder diese Einrichtung besuchen und die Vorbildung des Kindergartens mit in die Grundschule bringen.

Wir hatten bereits in der Finanzausschuss-Sitzung beantragt und später unseren Antrag präzisiert, dass wir den Anteil, **den die Eltern an den tatsächlichen Kosten zahlen für die neuen Angebote sollen** im gleichen Verhältnis wie bei den bisherigen Angeboten fest-setzen wollen – auch im Interesse einer gewissen Gleichbehandlung der Eltern.

5. Der Bildungsstandard ist ein **Standortvorteil**, den wir gerade auch vor dem Hintergrund der *demographischen Entwicklung* nicht aus den Augen verlieren sollten. Es gibt bereits Kommunen, die in ihren **Bauplatzpreisen eine Rabattstaffel** für Kinder anbieten.



6. Die Lösung, *für die sozial schwächeren eine deutlichere Ermäßigung einzuführen*, ist problematisch und bürokratisch. Außerdem ist im Voraus nicht kalkulierbar, weil wir nicht wissen, welche Einkommensschichten diese Angebote in welchem Ausmaß nachfragen. Bei den wenigen Angeboten, die wir im laufenden Jahr erst bieten, ist eine neue bürokratische Sozialstaffel dann auch nicht die Lösung.
7. **Die Verwaltung spricht von jew. 69.000 EUR Mindereinnahmen im laufenden Jahr – gegenüber dem Verwaltungsvorschlag. Wir sprechen von 69.000 Mehrbelastungen für die Eltern unserer Kinder. Dies wünschen wir nicht!**
8. Mittelfristig ist dieser Betrag noch viel höher. Diese Aussage ist aber nur dann richtig, wenn wir **bis Ende 2013** nicht mehr über die **Kindergartengebühren** reden. Dieser Zeitraum erscheint uns ohnehin viel zu lang.

Angesichts dieser bewegten Zeiten werden wir uns über die Frage – und dazu sind wir bereit – in jedem der kommenden Haushalte erneut auf der Basis dann zu erwartender Einnahmen und Kosten über die Beiträge reden müssen. Wir erwarten, dass auch die Haushaltsstruktur-Kommission bis dahin Ergebnisse vorlegen können sollte.

Aus den genannten Gründen halten wir an unserem Antrag, wie wir ihn bereits formuliert haben, fest – ich präzisiere dies gerne noch einmal:

1. Die Kindergartengebühren für die bereits bekannten Angebote sind bereits beschlossen. Im Grundsatz sieht dies keine Erhöhung vor. Dabei sollte es auch bleiben.
2. Die *neuen Angebote* sollten wir für das kommende Kindergartenjahr auch aus Gerechtigkeitsgründen auf der Basis des gleichen Deckungsbeitrages durch die Eltern festlegen. Das entspricht der Variante 4 der Verwaltungsvorlage.
3. Wir sind bereit, über die Frage der Kindergartengebühren für das kommende Kindergartenjahr aufgrund aktueller Zahlen erneut zu diskutieren.

